

# Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher Nr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Ercheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.  
Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen - hat der Bezügeher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. - Vierteljährlich M 230, bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 220, monatlich 70 Pf. - durch die Post bezogen M 240 -

## Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeämter des Bezirks.

Postcheckkonto Leipzig 24127.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die sechsmal gespaltene Zeile (Moffe's Zeilen 14) 25 Pf., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 20 Pf. Amtliche Zeile 55 Pf., außerhalb des Bezirkes 65 Pf., Reklame - : 60 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. - : Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 25% Zuschlag. Bei zwangswiseher Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz umfassend die Ortshaften Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großschradorf, Breinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großmaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Druck und Verlag von E. S. Frsters Erben (Inh. J. W. Mohr). Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 286. Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 151

Donnerstag, den 19. Dezember 1918.

70. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachungen befinden sich auch auf der Beilage.

## Ämtlicher Teil.

### Die Ausgabe der Spirituskarten

an minderbemittelte Personen, die ihn unbedingt zu Kochzwecken und für Zwecke der Kranken- und Säuglingspflege benötigen, findet

Freitag, den 20. Dezember 1918

in der Ratskanzlei von 8-12 Uhr vormittags an die Inhaber der Brotkartennummer 351 bis 440 deren Jahreseinkommen 1800 M (Steuerklasse 9) nicht übersteigt, statt. Steuerzettel und vorzulegen. Für Leuzschzwecke kann Spiritus nicht abgegeben werden.

Pulsnitz, am 19. Dezember 1918.

Der Stadtrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Auf Abschnitt R der Landesleitkarte werden diese Woche in den Geschäften der Stadt Pulsnitz, Pulsnitz M. S. und Bollung

### 60 Gramm Margarine

zum Preise von 29 Pfg. abgegeben.

Pulsnitz, am 19. Dezember 1918.

Der Stadtrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat zu Ramenz.

Der Stadt Pulsnitz sind

### 5 Zentner Korpsen

zum Verkauf zugewiesen worden, welche vom Sonnabend, den 21. bis Dienstag, den 24. Dezember 1918 bei Herrn Reinhold Mierisch zum Preise von

3 M 20 Pf. für 1 Pfund gegen Abgabe einer Fischkarte zum Verkauf gelangen.

Diese Fischkarten werden Freitag, den 20. Dezember 1918 in der Ratskanzlei von 8-12 Uhr vormittags ausgegeben und zwar erhalten

Gaushaltungen bis zu 3 Personen eine Fischkarte über 1 1/2 Pfd.

über 6 " erhalten zwei Fischkarten und zwar 1 1/2 bis 3 Pfd.

eine Karte zu 1 1/2 Pfd. bis 3 Pfd. und eine Karte zu 1 1/2 Pfd.

Pulsnitz, am 19. Dezember 1918.

Der Stadtrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

### Volksküche Pulsnitz.

In der städtischen Volksküche zu Pulsnitz wird die nächste Woche vom 23. bis 28. Dezember 1918 kein Essen ausgegeben.

Pulsnitz, am 19. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

### Christmarkt in Elstra: Sonntag, 22. Dezember 1918

Buden werden nur auf vorherige Bestellung gestellt.

### Nationalversammlung oder Räte-Verfassung.

Vor unserem Berliner Vertreter.

Das ganze Land ist sich darüber einig, daß die Nationalversammlung kommen muß. Unzweifelhaft wird sich dafür auch im Kongreß der U. und S. Räte eine Mehrheit finden. Doch muß man immerhin mit Ueberdassungen rechnen. Auf der Tagesordnung des Kongresses steht nämlich der Punkt: "Nationalversammlung oder Räte-Verfassung." Wären die Unabhängigen in der Mehrheit, so würde der Kongreß die Nationalversammlung begraben und russische Zustände durch die Bestimmung einer Räte-Verfassung schaffen. Die Räte-Verfassung hat im Lande schon genügend die Stimmung verborben. Zu ihr hat niemand mehr das richtige Vertrauen, denn obwohl in einig n Städten von den Räten wirklich umfänglich gearbeitet wird, haben die Mehrzahl der Räte eine Willkürherrschaft getrieben, die jeden belehren mußte, daß die Revolution durch die Räte keine sonderliche Festigung im Bürgertum erfahren kann.

Aber das ist es nicht allein, was gegen die Räte-Verfassung spricht, wir müssen heute weiter denken, müssen uns der Zukunft erinnern. Für sie arbeiten wir. Noch haben wir keinen Frieden. Mit einem Deutschland aber, daß sich einer Räte-Verfassung unterwirft und daß auf die Nationalversammlung verzichtet, mit einem Deutschland, wo die Mehrheit des Volkes keine Stimme hat und keinen Sitz im Parlament und in der Regierung wird die Entente, was nicht mehr abzuweisen ist, nicht verhandeln. Der "Vorwärts" ist so ehrlich einzusehen, daß das Debatte- ren über das Räte-System ein Umding ist, da das System von seinen Anhängern selbst schon zur Karikatur gemacht worden ist. "Die Dinge stehen so," schreibt er, "daß wir überhaupt keinen Frieden bekommen, wenn wir uns nicht rasch zu europäischen Staatsformen bekehren." Die Vorgänge in dem Kongreß der U. und S. Räte werden auch der Entente nicht verborgen bleiben. Sie sehen das alte Bild, daß schon Rußland zeigte: einseitig gewählte U. und S. Räte sind nicht in der Lage ein Reich zu regieren. Auf ihre Schultern läßt sich nicht die große Verantwortung laden, die erfahrene, vom ganzen Volk getragene Männer müßig zu tragen wissen. Was unsere Ueberzeugung ist, wird auch die Ueberzeugung der Alliierten werden. Und sie haben alle Ursache dafür zu sorgen, daß Deutschland nicht zusammenbricht, denn sie planen schließlich dieses Deutschland auszunutzen und ihm Bedingungen aufzuerlegen, die es nur erfüllen kann, wenn ein geordnetes Staatswesen die große Last der Verantwortung erhält.

Man hat dem Kongreß der U. und S. Räte mit einem gewissen Vertrauen entgegen gesehen. Heute ist dieses Vertrauen gewichen. Seine tatsächliche Arbeit ist minimal. Deputationen erscheinen, die außerhalb des Kongresses gebildet werden und schreiben dem Kongreß die Tagesordnung vor. Er hat nicht die Kraft, sich gegen zu wehren.

Dienstag waren es, wie jetzt festgestellt ist, Soldaten, die sich ganz zu unrecht als Beauftragte Berliner Regimenter ausgaben, Mittwoch drang eine Arbeiter-Deputation vor, und bereicherte die Tagesordnung. So werden die wichtigen Entscheidungen hinausgeschoben, so ist es auch möglich gewesen, daß der eigenartige Punkt: "Nationalversammlung oder Räte-Verfassung" heute noch nicht Erledigung finden konnte. Der "Vorwärts" appelliert an die Vernunft der Mehrheit, sie wird ihm auch zu folgen suchen. Aber es hat sich ja auch schon hinlänglich erwiesen, daß eine vernünftige Mehrheit einer oppositionellen, unbotmäßigen Minderheit zu Kreuze kriechen muß. Die wichtige Frage, die Deutschlands Schicksal heißt, wird daher wieder brandende Wogen bringen und einen Sturm, der nicht so leicht beigelegt werden kann. Die Nationalversammlung kommt gewiß: Die Mehrheit ist vorhanden, die Regierung hat sich festgelegt, das Volk ist darauf eingestellt. Aber wer will heute schon sagen, daß nicht irgend ein Antrag das Räte-System vereinnahmen will und es auch vereinnagen wird, daß neben der Nationalversammlung eine andere Regierung entsteht, eine Kontrollinstanz, einseitig zusammengesetzt, ein Fünftel unserer Zukunft. Alle Gefahren der angeblichen Gegenrevolution verblaffen vor solchen Bestrebungen. Man wird aufatmen, wenn sie sich nicht bewahrheiten sollten.

### Das Wichtigste.

In unterrichteten Kreisen wird mit der Besetzung der gesamten neutralen Zone durch die Alliierten bis zum Ablauf der ersten Januarwoche gerechnet.

Im Reichsfinanzamt werden neue Steuervorlagen vorbereitet, die als Anträge der Regierung an die zusammentretende Nationalversammlung gelangen sollen. Die Wirkung der neuen Reichssteuern ist bereits für April, den Beginn des neuen Etatsjahres, vorgesehen.

Der Termin für die Wahlen zur Nationalversammlung dürfte auf kurz nach dem 15. Januar festgesetzt werden. Der Rat der Volksbeauftragten erließ eine Verordnung über die Zurückführung von Waffen und Heeresgut in den Besitz des Reiches.

Die Garde Kärassiere und eine größere Anzahl in Berlin eingetroffene Formationen haben nach Erklärung ihrer Soldatenräte sich aufgelöst, ein Freigeldbrot auf die neue Staatsform abzulegen, solange nicht die Entscheidung der Nationalversammlung vorliegt.

Aus Budapest wird gemeldet: Im Ministerium des Innern eingetroffene Meldungen besagen, daß gestern in der Nähe der Ortschaft Margitsalva zwischen der kais. k. Volkswehr und hussarischen Truppen eine blutige Schlacht stattgefunden habe. Am Kampf nahm auch Artillerie teil. Die Kaiserlichen hatten 180 Tote und zahlreiche Verwundete. Sie haben in der Richtung auf Peccrad den Rückzug angetreten.

### Vom Kriege.

Basel, 17. Dezember. (Die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands.) Das berichtet aus Paris: Das in Trier anlässlich der Erneuerung des Waffenstillstandes unterzeichnete Finanzprotokoll enthält folgende Klauseln: 1. Deutschland verpflichtet sich, ohne vorherige Verständigung mit den Alliierten nicht über seine Metallbestände, Effekten oder Guthaben im Auslande, sowie über fremde Mobilienwerte, sei es Eigentum des Volkes oder öffentlicher Kassen, sei es Eigentum von Privatpersonen oder Gesellschaften, zu verfügen. 2. Deutschland verpflichtet sich ferner, im Einverständnis mit den Alliierten die notwendigen Maßnahmen zu treffen zur möglichst raschen Erledigung und Regelung der Bedingungen unter denen die Interessenten die Rückgabe der verlorenen oder gestohlenen Titel in den bestetzten Gebieten erlangen oder wieder in den Besitz ihres sequestrierten Eigentums gelangen können. 3. Deutschland verpflichtet sich unter gewissen Bedingungen, die Guthaben der Eisab-Votbringer bei ihrem Verfall einzulösen und den Eisab-Votbringern mit der freien Verfügung über ihre in Deutschland liegenden Güter, Wertpapiere, Titel und Einlagen keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten.

Berlin, 17. Dezember. (Die deutschen Verluste im Weltkrieg.) In Ergänzung einer früheren Mitteilung über die Höhe der deutschen Verluste im Weltkrieg können über die Gesamtziffern der deutschen Verluste bis zum 20. November 1918 jetzt die folgenden authentischen Zahlen bekanntgegeben werden: 1 800 000 Tote, 200 000 Vermisste, 618 000 Gefangene, 4 064 000 Verwundete. Das ergibt einen Gesamtverlust von 6 490 000.

Berlin, 17. Dezember. (Die Kriegsoffer der deutschen Offiziere.) Nach amtlichen Feststellungen sind im Kriege 58 000 Offiziere gefallen. Die Zahl der verwundeten und erkrankten, erblindeten und siechen deutschen Offiziere übersteigt die Zahl von 200 000, unter ihnen befinden sich Offiziere, die mehr als fünf mal verwundet worden sind.

Basel, 17. Dezember. (Gegen den "republikanischen Imperialismus.") Von besonderer englischer Seite wird dem Vertreter der "Telegraphen-Union" erklärt: Wenn die gegenwärtigen Berliner Machthaber, wie die Alliierten aus gewissen Anzeichen annehmen müssen, darauf abzielen, die alte preussische Oberherrschaft innerhalb Deutschlands unter der Maske einer neuen republikanischen Staatsform wieder aufzurichten, würden England und Frankreich sich einem verkappten imperialistischen Staatsgebilde unter allen Umständen die Anerkennung verweigern. Der Krieg wäre, so erklärte man dem Gewährsmann der "Telegraphen-Union", umsonst ausgekämpft worden, wenn jetzt auf den militärischen Zentralismus in Deutschland ein republikanischer Imperialismus folgen würde.

Basel, 17. Dezember. (Die U. und S. Räte nicht verhandlungsfähig.) Die "Times" melden aus London: Die englische Regierung verbietet dem englischen Oberkommando mit Arbeiter- und Soldatenräten oder mit den von ihnen eingesetzten Bevollmächtigten des Deutschen Reiches zu verhandeln.



Zürich, 17. Dezember. (Wilson für öffentliche Friedensverhandlungen.) Der Pressetelegraph meldet aus Paris: Wilson sprach sich entschieden für die Öffentlichkeit der Friedensverhandlungen aus und nur, wenn sich die Notwendigkeit ergeben sollte, gewisse Punkte vertraulich zu behandeln, müßte diese vorübergehend ausgeschlossen werden. Die Vorfriedenskonferenz, die am 17. Januar beginnt, wird nicht Wilson, sondern Clemenceau präsidieren.

Bern, 18. Dezember. (Nahezu 2 Millionen Tote in Frankreich.) Der „Information“ zufolge teilt Caraciu mit, daß Frankreich im Krieg 1 Million, 800 000 Tote gehabt hat.

Wien, 18. Dezember. (Die Internierung Mackensens.) Zu der Meldung über die Internierung von Teilen der Mackensen-Armee kann hinzugefügt werden, daß Mackensen, bei seinem in Budapest persönlich überbrachten Protest, von Vertretern des Soldatenrates und des Ministeriums geradezu brutal behandelt wurde. Man gab Mackensen 10 Minuten Bedenkzeit und umstellte indes den Bahnhof mit Soldaten und Maschinengewehrabteilungen. Ministerpräsident Karolyi hat sich nachher bei Mackensen entschuldigt und auf den Befehl des französischen Kommandanten hingewiesen. Mackensens Protest wurde sofort an die Berliner Regierung gebracht.

Berlin, 18. Dezember. (Gefährdung unserer Soldaten im Osten.) Ueber die Gefährdung der von der Ostfront abziehenden deutschen Truppen durch die Truppen der Sowjetrepublik gehen amtliche Mitteilungen ein, durch die die Darstellungen der russischen Regierung über das angeblich feindschaftliche Verhalten ihrer Truppen gegen die unfrigen in ein bezeichnendes Licht gerückt werden. In Minsk ist es infolge des vorzeitigen Einrückens der Sowjettruppen zu Zusammenstoßen gekommen. Auf den Bahnhöfen wurden die Räumungszüge festgehalten. Die deutsche Bahnhofsbesatzung wurde durch planmäßigen Ueberfall sehr stark überlegener Sowjettruppen umringt und durch Uebermacht zur Entwaffnung gezwungen. Die deutschen Truppen und Eisenbahner sind vollständig ausgeplündert worden. Sie haben den größten Teil ihrer Pferde und Fahrzeuge zurücklassen müssen und ihr Privateigentum verloren. Die deutsche Regierung hat gegen das Verhalten der russischen Truppen bei der Sowjetregierung auf neue energischen Einspruch erhoben.

**Vertliche und sächsische Nachrichten.**

**Pulsnitz.** (Gründung eines Demobilisierungsausschusses.) In einer gestern nachmittag abgehaltenen Sitzung, die vom hiesigen Gewerkschaftsleiter nach dem Ratskeller einberufen war, wurde nach einer zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattgefundenen Aussprache beschlossen, einen Demobilisierungsausschuss zu gründen. Die Tätigkeit des Ausschusses erstreckt sich über den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz, ausschließlich des Rödertales. Er umfaßt sämtliche größere Berufsgruppen, die im Bezirk vertreten sind. Als Vorsitzender des Ausschusses wurde Herr Geschäftsführer Hermann Rinte, als stellvertretender Vorsitzender Herr Fabrikbesitzer Blumberg (Fa. Schurig-Raupach) gewählt. Anschließend an seine Konstituierung fand sofort eine Sitzung statt. Möge die Arbeit des Ausschusses zum Wohle unsres wirtschaftlichen Lebens eine segensreiche sein.

(Benutzung der Arbeitsnachweise.) Wie wichtig die Benutzung der Arbeitsnachweise jetzt ist, geht aus einer Anordnung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung hervor. Diese lautet: Alle Arbeitgeber sind verpflichtet, ihren Bedarf an Arbeitskräften jeweils auf dem schnellsten Wege bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis zur Anmeldung zu bringen. Diese Pflicht haben nicht nur die privaten Unternehmer, sondern auch alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, bei denen ein Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, ganz besonders auch Post und Eisenbahn.

(Die sogenannten „Tanz-Sonntage“), 1. und 3. Sonntag im Monat, werden abgekehrt. Das Tanzen wird auf die Sonn- eventuell auch auf die Wochentage verteilt. Die Saalinhhaber werden dazu einen Tanzplan vorher aufstellen, der der Genehmigung bedarf. Die Tanzlustigen dürfen somit Gelegenheit haben, das während der Kriegszeit veräußerte nachzuholen, da ja eben an viel mehr Tagen als bisher getanzt werden wird; heute hier, morgen dort.

**Dhorm.** (Unterhaltungsabend) Am 1. Weihnachtsfeiertage veranstaltet der Männergesangsverein „Liederfranz“ und der gemischte Chor im Gasthof zur König Albert-Eiche einen Unterhaltungsabend. Es stehen den Besuchern genussreiche Stunden bevor. Neben alten, nur immer wieder gern anzuhörenden Volksliedern, gelangt ein wunderbares zweistimmiges Singpiel zur Aufführung. Der Reinertrag fließt den Ortsarmen Wohlfahrtsauschuss und den verwundeten Kriegern Dhorm (Heimadant) zu. Hoffentlich gibt der gute Zweck sowohl als auch die reichhaltige Vortragsfolge zu einem guten Besuche Anlaß.

**Radeberg.** (Tödlicher Unglücksfall.) Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag bei der Einfahrt des 5,57 Uhr von Bauen hier ankommenden Personenzuges, in dem der hier Mittelstraße 3 bei seinen Verwandten der Familie Schumann wohnhafte Maler Max Delsch vom Zuge stürzte und dabei den Tod fand. Delsch ist 24 Jahre alt, hat den ganzen Feldzug mitgemacht, sich dabei das Eisene Kreuz erworben und ist erst am 15. dieses Monats vom Militär entlassen.

**Radeberg.** (Eisenbahn-Unfall) Gestern Mittwoch vormittag 1/2 11 Uhr ist auf der hiesigen Bahnhofstraße der Kesselwagen eines Lazarettzuges beim Wassernehmen und Rangieren aus dem Geleis gesprungen und hat den Küchenwagen mit sich gerissen. Beide Wagen hatten sich über die Hauptgleise gelegt und somit den Verkehr Radeberg-Arn-

dorf gesperrt. Gegen 6 Uhr nachmittags konnte der Verkehr wieder aufgenommen werden, bis dahin wurde er durch Umsteigen aufrecht erhalten. Bei dem Unfall sind die Telefon- und Telegrafmasten mit umgerissen worden, so daß auch der Telefon- und Telegrafverkehr unterbrochen wurde.

**Dresden, 18. Dezember.** (Der Truppeneinzug in Dresden.) Bei schönem Wetter fand heute unter Führung des kommandierenden Generals des 12. Armeekorps Arug von Nidda der angekündigte Einzug der aus dem Feld heimgekehrten Truppen von Dresden statt. Unter den Klängen der Musik und lärmig begrüßt von der dicht gedrängten Menge, bewegte sich der Zug durch die festlich geschmückten Einzugstraßen. Am Rathaus begrüßte Oberbürgermeister Blüher die heimkehrenden Krieger mit einer herzlichen Willkommensansprache. Darauf setzte sich der Zug nach den Kasernen zu wieder in Bewegung.

**Politische Rundschau.**

**Deutsches Reich.**

(Die erste Machtprobe.) In Neukölln, dem früheren Ritzdorf, herrschte Spartacus. Er hatte erklärt, die aus seinen Reihen gebildeten A- und S-Räte besäßen die volle Gewalt. Und die A- und S-Räte hörten denn auch auf keine Warnungen der Regierung und schlugen den guten Rat des Berliner Volksrats aus. Sie lösten die Stadtversammlung auf, ließen den Magistrat laufen, ordnen Enteignung der Häuser an und trieben just so, als ob sie Neukölln mit eigenen spartacistischen Gesetzen ausgestalten und nach diesen regieren wollten. Die Folge war denn auch, daß einige Banken, die der Gemeinde Darlehen gegeben hatten, diese kündigten. Niemand wollte dem geflohenen Treiben der Spartacisten trauen. Die Bürger seufzten und allgemein empfand man: Neukölln ging dem Ruin zu. Endlich hat die Regierung Mut gefaßt. Wohl in Uebereinstimmung mit dem Volksrat hat sie durch Truppen und der Sicherheitsgarde dem Treiben der Neuköllner A- und S-Räte ein Ende gesetzt. Während die Räte dort tagten, wo sie noch vor wenigen Tagen die Stadtverordneten ausgehoben hatten, wurde das Spartacusbureau besetzt. Zahlreiche Truppen nahmen von den städtischen und staatlichen Gebäuden Besitz, die Führer der A- und S-Wirtschaft wurden verhaftet. Freilich erfolgte später die übliche Ablösung der 64er durch die Sicherungstruppen und die Freilassung der Verhafteten, aber Neukölln ist doch von dem Terror Spartacus befreit. Es dankt der Regierung, daß sie endlich durchgegriffen hat. Ob aber die Regierung sich weiter gegen das Treiben der A- und S-Räte behaupten kann und ob sie den Mut hat, den Weg weiter zu gehen, den sie beschritten, bleibt abzuwarten. Diesmal handelt es sich um eine Machtfrage der Regierung, um eine solche des Volksrats. Sehen beide nach, dann ist nicht damit zu rechnen, daß die Eigenmächtigkeiten der A- und S-Räte im Reiche sich einkämmen lassen.

**Posen, 17. Dezember.** (Polnische Banden plündern deutsche Dörfer.) Deutsche Bauern aus der polnischen Weichselniederung bei Thorn berichten von der deutsch-polnischen Grenze: In den letzten Tagen haben Räuberbanden ober polnische Regionen neun deutsche Bauerndörfer ausgeplündert und niedergebrannt. Alle Besten deutscher Nationalität sind in großer Besorgnis und Gefahr, weil namentlich begüterte Besten täglich Droh- und Exzessbriefe, Geld zu hinterlegen, erhalten, andernfalls ihre Gebäude angezündet würden.

**Holland.**

**Amsterdam, 17. Dezember.** (Wilson tritt für sein Programm ein.) Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ vernimmt aus sicherer Quelle, Wilsons Reise nach Europa verfolgt seinen Zweck, für einen Frieden auf Grund der 14 Punkte einzutreten, nach denen Deutschland den Waffenstillstandsbedingungen angenommen hat. Wilson, so meldet der Korrespondent des Blattes, zieht dabei Amerika Ehre und seine eigene Pflicht in Rechnung. Er hat die Reise angetreten, diese zu verbürgen und wird dazu nötigenfalls den äußersten Druck auf die Alliierten ausüben.

**Schweiz.**

**Zürich, 17. Dezember.** (Eine Völkerbundskonferenz.) Die „Zürcher Morgenszeitung“ meldet: Auf Anregung von schweizerischen, holländischen und skandinavischen Friedensverbänden wird Anfang Januar in Bern eine internationale Völkerbundskonferenz von Verbänden zusammengetreten, welche die bleibenden Menschheitsinteressen bei der bevorstehenden Liquidation des Weltkrieges wahren soll. Diese Konferenz wird besonders wachsam darauf achten, daß nicht die Sieger im Uberschwang des schwer errungenen Erfolges das eigene große Siegesziel vergessen.

**Basel, 18. Dezember.** Spannung zwischen Wilson und Clemenceau. Aus Paris wird gemeldet: Nach einem Besuch des Rathauses lehrte Wilson nach seinem Hotel zurück, worauf Clemenceau eine Aussprache mit dem Präsidenten hatte. Man glaubt allgemein, daß zwischen Wilson und Clemen-

ceau eine Spannung eingetreten ist. Später hatte Wilson eine Konferenz mit dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos. Besonders erörtert wird die Unschuldigung Sembrats in der „Humanität“ die Regierung verurteilt Wilson in eine Zelle zu locken, um ihm die Ueberzeugung beizubringen, daß das französische Volk Annexionen und Eroberungen fordere. Die Arbeiter Frankreichs würden jedoch laut ihrer Stimme erheben. Für einen gerechten Frieden und für den Völkerbund, so daß Wilson ihre Stimme hören werde.

**Von der Schweizer Grenze, 18. Dezember.** (Eine Unterredung Wilsons mit Briand.) Dem Pariser Pressesamt zufolge hatte Wilson am Sonntag mit mehreren politischen Persönlichkeiten Besprechungen, besonders lange unterhielt er sich mit Briand, den er ausdrücklich zu sprechen verlange.

**Portugal.**

**Lissabon, 17. Dezember.** (Der Präsidentenmord in Portugal.) Wie die Blätter melden, besitzt die Polizei Beweise dafür, daß die Ermordung des Präsidenten der Republik auf eine Verschwörung von Sozialdemokraten zurückzuführen ist. — Der Mörder des Präsidenten Sidonio Pais ist nicht getötet, sondern nur verwundet worden. Weiter wird gemeldet, daß nach den Bestimmungen der Verfassung die Regierung die Geschäfte des Präsidenten übernommen hat. Es herrscht überall Ruhe.

**Vom Kongreß der A- und S-Räte.**

Von unserm Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

**Sturm-Scenen.**

Schon am 1. Tage brandeten im Sitzungsaal des Abgeordnetenhauses die Wogen, am Dienstag kam es zum Sturm, zu Zwischenfällen wie es das Abgeordnetenhause noch nie erlebt hat. Und wenn der Kongreß der A- und S-Räte seine Zeit weiter mit persönlichen Auseinandersetzungen und Kompetenzstreitigkeiten, mit Ausfällen gegen die Regierung und Anklagen gegen den Volksrat verbringt, ist anzunehmen, daß er tatsächlich bis Weihnachten zusammenfallen kann. Wie am ersten Tage brachten auch heute die Spartacus-Delegierten den ausfallenden Ton in die Verhandlung. Sie begnügten sich nicht nur mit Zwischenrufen, die einen fortwährenden Protest der übrigen Delegierten hervorriefen, sondern sandten außerdem Bedebour vor, der die Aufgabe hatte, mit der Regierung gründlich abzurechnen. Bedebour vermochte die Anklagen des ruhigen und abgewägten Volksbeauftragten Landsberg zwar nicht zu widerlegen, er vermochte nicht, den Volksrat reinzuwaschen, aber er brachte es fertig, Ebert als ein Schandmal der Regierung zu bezeichnen. Das war nur ein Anlaß zum Sturm. Die ganze Rede war eine Provokation, kein Wunder, wenn sich die Delegierten erregten, wenn sie Schluß verlangten, wenn Hundert Hände auf einmal in der Luft herum suchelten, wenn Männer sich bedrohten, Männer sich in einer Versammlung, die jetzt doch das „höchste repräsentiert“, anschrien, zu Prügeleien neigten. Langsam glätteten sich schließlich die Wogen. Aber lothbare Zeit war vertan. Auch der heutige Tag hat so kein Resultat gebracht. Man hört nur, daß der Volksrat sich im Laufe des heutigen Tages auflösen werde, weil man damit rechnet, daß heute spät noch, aber, mindestens morgen (Mittwoch) früh, die Wahl des neuen Volksrats durch den Kongreß erfolgt. Eines er sah man aus der heutigen Debatte: Der Volksrat in seiner jetzigen Zusammensetzung hat wenig Freunde gefunden. Er hat es nicht vermocht zu beweisen, daß er außer Selbstaussagen noch andere praktische Arbeit vollbrachte. Gerüchte, die von einer Regierungskrise wissen wollen, sind selbstverständlich aus den Reihen der Regierungsgegner in die Welt gesetzt. Auch Ebert braucht nicht zu weichen, denn der Kongreß der A- und S-Räte schürt ihn. Man wird nicht annehmen können, daß er eine andere Zusammensetzung der Regierung wünscht.

**Eine Präsidentenschaft Eberts?**

In der Reichskonferenz des A- und S-Rats ist folgender Antrag von dem Delegierten des Regierungsbezirks Rassel, Erich Reinarz, eingebracht worden:

Ohne dem Beschluß der Nationalversammlung vorzugreifen, wählt das deutsche Volk am Sonntag, den 29. Dezember 1918, durch Abstimmung mit einfacher Stimmenmehrheit von zwei vorgeschlagenen Männern, einen zum Präsidenten der deutschen Republik, um sofort dem Feind gegenüber recht- und ordnungsmäßig vertreten zu sein. Die Amtsdauer dieses Präsidenten endet ohne weiteres an dem Tage, an dem ein neugewählter Präsident (Präsidentialkollegium) sich zur Uebernahme des Amtes bereit erklärt. Dieser zweite Präsident (Präsidentialkollegium) muß auf Grund der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung rechtmäßig gewählt sein. Der erste Präsident der Deutschen Republik hat sich feierlich gegenüber der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte, als den derzeitigen Vertretern des deutschen Volkes, auf Richtlinien zu verpflichten, an die sich die Reichskonferenz auch ihrerseits für gebunden erklärt.

Der zweite Antrag Reimark lautet:

Zu meinem ersten Antrag schlage ich als Präsidiumsmitglied den Volksbeauftragten Ebert und den vom Rat der Volksbeauftragten mit Zustimmung des Vollzugsrates bestimmten heutigen Staatssekretär des Innern, Dr. Pröuß, vor.

Gewalt vor Ordnung.

Am Mittwoch füllte sich langsam der Saal des Abgeordnetenhauses. Die Räte haben den gestrigen Sturm vergessen oder wollen ihn vergessen. Sie setzen sich wieder ruhig auf ihre Plätze. Auf den Tribünen indessen ist es lebendig und in der Hofloge sitzt oder steht, rehet oder fuchelt mit den Händen Diebnecht, dem man schon ansieht, daß er neue Zwischenfälle inszeniert hat. Und sie treten pünktlich ein. Uaten beschließt man vorläufig noch in aller Ruhe eine neue Geschäftsordnung. Man spricht über die Forderung der Garderegimenter, die gestern durch angebliche Delegierte überreicht wurden. Ein Delegierter stellt hierzu neue Vorschläge und eine Debatte setzt ein, die lang und breit ist. Ein Kompromiß wird geschlossen: Man will Deputationen nicht mehr im Saale empfangen. Mit ihnen soll aber hinter den Türen verhandelt werden. Doch die Deputationen sind anderer Meinung. Einmal erscheinen jene Soldaten von gestern wieder, die schon inzwischen durch eine Erklärung der Berliner Garderegimenter als Nichtbeauftragte entlarvt sind, und wollen die Verhandlung ihrer Forderung, die vertagt ist und einer Kommission überreicht wurde, durchsetzen. Dann aber erscheinen Arbeiter, der Präsidens sagt, auch diese Deputation werde wie alle anderen, von ein und derselben Deputation geführt. Sie fragen nicht darnach, ob sie Einlaß erhalten. Sie dringen eben in den Saal vor und trotz allen Protestes des Präsidens verliest der Sprecher ihre Forderung. Man steht, es handelt sich nicht um weltbewegende Sachen, es handelt sich allein darum, den Kongreß und seine Arbeiten zu fördern. Diebnecht in der Hofloge zieht die Fäden und der Kongreß ist ohnmächtig. Die Arbeiter streiken, wenn diese Deputation nicht gehört werde. Sie kommt zu Wort. „Nieder mit der Nationalversammlung“. Eine Einladung an den Kongreß zu einem Demonstrationzug durch Berlin, weil man noch irgendwas Beiszen vermutet. Und der Kongreß lehnt ab, arbeiten will er. Kommt er aber zur Arbeit? Heute scheint wieder ein verlorener Tag. Man beschließt, jetzt wird niemand mehr empfangen. Aber wird Diebnecht damit einverstanden sein?

Man wartet aufgeregt auf neue Zwischenfälle, und sie werden nicht ausbleiben. Immer mehr frakt so das Ansehen des Kongresses, er will arbeiten und doch hat er nicht die Macht dazu. Anträge regnen nur so, regnen von den Unabhängigen, denn sie wissen was sie wollen, sie haben schon viel erreicht und wollen die Delegierten mitreife machen. Oben lächelt Diebnecht spöttisch, er winkt seinen Leuten unten mit der Hand. Man versteht ihn: Das Schauspiel geht weiter heute, morgen und bis man glücklich trotz aller Zwischenfälle das Ende findet.

Rücktritt der Regierung?

Nach dem Zwischenfall im Kongreß der K. und S.-Räte und den scharfen Auseinandersetzungen zwischen Barth und Ebert, sowie infolge der Latenlosigkeit des Kongresses ist es zu einer Krise in der Regierung gekommen. Hartnäckig erhielt sich in Berlin das Gerücht, die Regierung werde zurücktreten, falls der Kongreß sich nicht geschlossen hinter sie stelle und ihre Forderungen respektiere. Man sprach davon, daß die Regierung nur dann bleiben wolle, wenn außerdem noch eine Aenderung in der Besetzung erfolge; denn den Mehrheitssozialisten sei es unmöglich, mit Kollegen wie Barth, zu arbeiten, der sich gegen die Regierung wendet, ohne sie vorher zu benachrichtigen und Taktiken gegen ihre Tätigkeit vorbringt, die völlig unstatthaft seien. Ob die Regierung wirklich ernst macht und das Gerücht sich bestätigt, muß abgewartet werden. Die K. und S.-Räte besprachen heute wohl diese Regierungskritik, nahmen sie aber nicht ernst. Man begegnete unter ihnen vielmehr der Ansicht, die Regierung werde, wenigstens soweit es die Mitglieder der Mehrheitssozialisten sind, die volle Deckung des Kongresses erhalten.

Sozialisten und Unabhängige.

Wie ich zuverlässig erfahre, schweben zwischen den Sozialisten und den Unabhängigen Verhandlungen, die auf ein Zusammengehen bei den Nationalwahlen zielen. Die Sozialisten glaubten deshalb zu einer Einigung mit den Unabhängigen zu gelangen, da diese ja einen biden Strich zwischen sich und den Spartakusleuten gezogen haben und andererseits durch die ersten Nationalwahlen belehrt wurden, daß sie allein sich nicht durchsetzen könnten. Die anfänglich gutlaufenden Verhandlungen sind jetzt aber infolge der Angriffe Barths auf Ebert, Scheidemann und Landsberg unterbrochen.

Eine Mehrheit für die früheren Nationalwahlen.

Der Antrag auf Früherlegung der Nationalwahlen auf den 19. Januar wird jedenfalls, wie ich aus den Kreisen der Delegierten der K. und S.-Räte-Kongresse erfahre, eine bedeutende Mehrheit findet. In politischen Kreisen wird dieser Termin bereits als feststehend angenommen und sowohl die deutsche demokratische Partei wie die Deutschnationale Volkspartei haben ihre Organisationen im Lande angewiesen, sich auf die Nationalwahlen am 19. Januar einzustellen.

Wie die Revolution vorbereitet wurde.

In einer Versammlung des Arbeiter- u. Soldatenrates in Magdeburg erzählte der Führer der Unabhängigen, das Exekutivmitglied Vater: „Uns ist diese Revolution nicht überraschend gekommen, seit dem 25. Januar d. J. haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet. Die Arbeit war schwierig und gefährvoll zugleich, wir haben sie mit vielen Jahren Zuchthaus und Gefängnis bezahlt. — Die Partei hatte eingesehen, daß die großen Streiks nicht zur Revolution führen, es mußten daher andere Wege beschritten werden. Die Arbeit hat gelohnt. Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt; die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschrittslosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen; und so hat sich der Zerfall allmählich, aber sicher vollzogen.“ So also hat man das Heer zermürbt, den Sieg verhindert, den Krieg zu diesem für uns entsetzlichen Ende gebracht — aber die Sozialdemokratie hat nach wie vor die Stirn, die Schuld auf das alte Regime zu schieben.

Zweite Heimatdank-Lotterie.

In der vom 9. bis 14. Dezember abgehaltenen Ziehung wurden folgende Hauptgewinne gezogen: 25 000 M. auf Nr. 294712, 15 000 M. auf Nr. 272340, 10 000 M. auf Nr. 172673, 294859, 5000 M. auf Nr. 298409, 148426, 263143, 2000 M. auf Nr. 63646, 116279, 233396, 241576, 259978, 1000 M. auf Nr. 42488, 94618, 111216, 146520, 171966, 172077, 190713, 224958, 231196, 274974, 500 M. auf Nr. 574, 22839, 31948, 70728, 93318, 99088, 104076, 108868, 109766, 120561, 159822, 198115, 190858, 191337, 210289, 235638, 267216, 274811, 294119, 297510. Die Prämie von 75 000 M. zusammen mit einem Gewinn von 10 M. fiel auf Nr. 144 172. Die vollständige Gewinnliste erscheint am 23. Dezember 1918. (Ohne Gewähr.)

OLYMPIA-Lichtspiel-Theater

Am Markt. Pulsnitz. Am Markt. Hôtel grauer Wolf.

Hierdurch erlaube ich mir, den geehrten Einwohnern von Pulsnitz und Umgegend die Mitteilung zu unterbreiten, daß ich am Sonnabend, den 21. Dezbr. im Hôtel grauer Wolf ein Kino eröffne. Ich werde stets bestrebt sein, den geehrten Einwohnern von Pulsnitz und Umgegend nur gute und interessante Filme zur Vorführung zu bringen. Auch gebe ich hiemit bekannt, daß ich für mein Lichtschauspiel Theater den anerkannt besten Rezitator Herrn Schauspieler und Vortragskünstler Willy Heinze gewonnen habe. — Ich werde meinem Prinzip vom Guten das Beste getreu bleiben und dem geehrten Publikum in Zukunft nur erstklassige Programme zur Vorführung bringen. Ein Besuch meines Theaters wird Ihnen jeder Zeit einige wirklich genussreiche Stunden bereiten. Um gültigen Zuspruch bittet Willy Kaufmann.

Sonnabend, den 21. und Sonntag, den 22. Dezbr.: Stuart Webs Der Spuk im Hause des Herrn Professors. 1. und 2. Weihnachtsfeiertag, den 25. und 26. Dezbr.: Lulu, die Löwentänzerin.

Junger Witwer sucht mit junger Witwe oder älterem Fräulein im Alter von 27 bis 33 Jahren in Verbindung zu treten zwecks späterer Heirat. Kl. Landwirtschaft n. ausgeschloffen. Offerten unter M. 21. nur an die Geschäftsst. d. Bl.

Eine im Gange befindl. mittlere Bäckerei wird von jungen Leuten zu pachten gesucht; späterer Kauf nicht ausgeschlossen. Offerten unter M. R. 100. postlagernd Witten i. Sa. erb.

Sprechapparate Schallplatten (große Auswahl). R. Berndt, Pulsnitz, Schießstraße 227.

Uhren und Goldwaren, sehr solide Ware, zu billigsten Preisen empfiehlt Max Hennig, Uhrmacher Pulsnitz M. S. 29 d. !! Garantie für gutes !! Tragen !!

In den U. L. Liebspielen: Heddys Meisterspiel. Die letzte Probe. Sonntag, den 22. Dezember. In der U. L. Liebspielen: Heddys Meisterspiel. Die letzte Probe. Sonntag, den 22. Dezember. In der U. L. Liebspielen: Heddys Meisterspiel. Die letzte Probe. Sonntag, den 22. Dezember.

Namen - Gummi - Gürtel hant sehr schönes Weihnachts - Geschenk empfiehlt Emil Kaiser, Pulsnitz, Neumarkt.

Ein paar fast neue Stiefel zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes. Zwei Stück 2 spännige Kastenwagen billig zu verkaufen. Karl Pögold, Thorn Nr. 21.

Eisener Regulier - Ofen, mittelgroß, zu verkaufen. Rietschelstr. 359.

Bertaufcht würde Ende November auf Bahnhof Wischheim ein mittlerer Handwagen an welchem hinten eine offene Stummelstiege fehlte. Es wird gebeten, denselben in Gersdorf Nr. 12 anzufordern.

Am Sonnabend, den 21. Dezember 1918, vormittags 9 Uhr, findet auf dem Kasernenhofe der 178er Kaserne Kamenz Versteigerung von ca. 100 arbeitsfähigen Pferden meistens mittleren und leichten Schlages statt. Außerdem kommen zur Versteigerung Fahrzeuge und Geschirre nicht militärischer Art. Bezahlung hat sofort in bar oder Kriegsanleihe zu erfolgen. Zaumzeug ist vom Käufer mitzubringen. Händler werden zur Versteigerung nicht zugelassen. Die Versteigerungsordnung liegt eine Stunde vor Beginn der Versteigerung zur Einsichtnahme aus. Den Beteiligten sind inzwischen zur Teilnahme an den Versteigerungen Pferdekarten ausgestellt worden.

Achtung! Der Roh-Produktenhändler Arthur Grübler aus Radeberg ist vom Seeresdienst entlassen und kauft morgen, Freitag und Sonnabend im Schützenhaustunnel in Pulsnitz zu ganz enorm hohen Preisen bei reellster Bedienung: Lumpen, Metalle, Zeitungen, Bücher, Sammelpapier usw. Auf Wunsch wird abgeholt.



# Pulsnitzer Wochenblatt

Donnerstag, 19. Dezember 1918.

Beilage zu Nr. 151.

70. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Verkehr mit Tafel- und Wirtschaftsobst.

**I.**  
Mit sofortiger Wirkung wird die Verordnung des Ministeriums des Innern über die Kernobsternte 1918 vom 17. Juli 1918 (Nr. 167 Sächs. Staatszeitung vom 20. Juli 1918) mit der Einschränkung außer Kraft gesetzt, daß lediglich der Verkehr mit Edelobst den Bestimmungen der vorgenannten Verordnung auch weiterhin unterliegt. Edelobst darf also nur, insoweit es von der Landesstelle für Gemüse und Obst als solches ausdrücklich zugelassen worden ist, und nur nach den von dieser aufgestellten besonderen Grundätzen abgegeben werden (§ 5 Abs. 3 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 17. Juli 1918 in Verbindung mit 1 Abs. 5 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. August 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 184 vom 9. August 1918).

**II.**  
Der Verkehr mit Tafel- und Wirtschaftsobst wird innerhalb Sachsens völlig freigegeben mit der Maßgabe, daß die Bestimmungen über Höchstpreise für Äpfel, Birnen und Pflaumen nach den Verordnungen des Ministeriums des Innern vom 5. August 1918 und vom 21. September 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 221 vom 21. September 1918) auch weiterhin gelten.

In teilweiser Abänderung der Bestimmung unter II der Verordnung vom 5. August 1918, die im übrigen in Kraft bleibt, werden für Tafeläpfel und Tafelbirnen zusätzlich der Aufbewahrungszuschläge folgende Höchstpreise für den Monat Dezember festgesetzt.

Erzeugerhöchstpreis:	Großhandelspreis:	Kleinhandelspreis:
M. 44.—	M. 54.—	M. 69.— f. d. Ztr.

Für Wirtschaftsobst gilt der unter II der Verordnung vom 5. August 1918 in Verbindung mit der Verordnung vom 21. September 1918 festgesetzte Erzeugerhöchstpreis von M. 15.— für den Zentner und der Kleinhandelshöchstpreis von 30 Pfg. für das Pfund auch weiterhin.

**III.**  
Außerstädtisches und außerdeutsches Kernobst darf im Kleinhandel nur in den vom Kommunalverband zum Verkauf solcher Obstes besonders zugelassenen Geschäften verkauft werden. Die zugelassenen Geschäfte sind als Verkaufsstellen für solches außerstädtische und außerdeutsche Obst kenntlich zu machen und dürfen nicht gleichzeitig mit städtischem Obst handeln.

**IV.**  
Tafelobst, insoweit es nicht als Edelobst zugelassen und nach besonderen Bestimmungen abgesetzt wird, sind alle verpflichtet, nach ihrer Beschaffenheit sofort oder nach Ablagerung zum Rohgenuß geeigneten Früchte unter Ausschließung sämtlicher kleinen, verkrüppelten und beschädigten Früchte.

Wirtschaftsobst ist alles Schlittel-, Most- und Fallobst sowie das aus den Tafel- und Wirtschaftsobst. Das Obst muß jedoch für die Herstellung von Marmeladen, zum Kochen und Dörren und zu sonstigen Wirtschaftszwecken geeignet sein.

Dresden, am 17. Dezember 1918.

Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

### Fleischversorgung.

Auf die Zeit vom 16.—29. Dezember werden auf die Abschnitte Fl. 39 und Fl. 40 zusammen 300 Gramm Fleisch abgegeben. Den Inhabern der Bezugskarten steht es frei, welche Menge sie auf Fl. 39 und auf Fl. 40 entnehmen, jedoch darf auf Fl. 39 nicht mehr als 200 Gramm abgegeben werden.

Der Fleischverkauf auf Abschnitt Fl. 39 erfolgt nicht am nächsten Sonnabend, sondern erst am Montag und Dienstag, den 23. und 24. Dezember nach näherer Bekanntgabe der Bezirksfleischstellen oder Fleischer; der Fleischverkauf auf Abschnitt Fl. 40 findet wie gewöhnlich Sonnabend statt.

Kamenz, am 17. Dezember 1918.

Die Amtshauptmannschaft. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

### Butter- und Margarine-Verteilung.

Auf Abschnitt R der Landesfittkarte dürfen in Kamenz, Pulsnitz, Elstro, Königsbrück, Breinig, Großthorsdorf, Schwepnitz, Dorn, Wiesa und Pulsnitz M. S. 60 Gramm Margarine, in allen übrigen Gemeinden 40 Gramm Butter verkauft werden.

Kamenz, am 17. Dezember 1918.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.  
Der Arbeiter- und Soldatenrat.

## Deutsche Einheit.\*)

Muttersprache, Kiesel mit dem seelenstarken Mund,  
wirst du dich nicht wehren? Leib und Leben gilt's!  
Weh, was tun dir deine Kinder an!  
Eine Hand schon ist dir abgehauen:  
alemannische Männer lassen's geschehen,  
daß welsche Herren in Straßburgs Münster —  
Bannkreis Freud treiben mit deinen entrisenen Fingern.  
Friesisches, rheinisches, bayerisches Volk  
spielt mit dem irlen Gedanken,  
Glied um Glied dir auszureißen,  
bis dein vor Schmerz erstarrter Mund,  
der einst so zaubermächtige,  
vielleicht zum letzten Mal sich rührt  
und mit dem Rest der zerfetzten Zunge  
verröthelnd lallt:  
Reißt mir auch noch die Seele aus! —  
Mutter Kiesel, o wehre dich deinen Kindern,  
sie tun dir nur vor Verzweiflung weh,  
sie tun sich selbst ja so weh wie dir!  
Schrei ihnen ins Ohr — noch ist's nicht zu spät —  
alle Wohlthat, womit du ihren Streit,  
ihr Leid, ihre Not, dein Leid, deine Not  
jahrtausendlang gelindert hast!  
Auf ihnen zu: O meine Kinder,  
kommt, hört mein Herz, mein erschüttertes klopfen!  
Mit meinen verstümmelten Armen umschlinge ich euch,  
meine gramvolle Stirne neige ich über euch,  
alle Erinnerungen an unser Leben.  
Habe ich euch nicht groß gezogen,  
größer, als meine Seele ahnte!  
Wurdet ihr nicht ein Volk durch mich,  
das der Menschheit göttliche Ziele dichtet!  
Bin ich nicht selbst gemacht mit euch,  
wurden wir nicht Ein Fleisch, Ein Geist,  
Ein Gemüt, Ein Mut, Ein Wille, Ein Werk,  
durch keine andere Gewalt als des Wortes,  
das am Anfang war und am Ende sein wird:  
Liebe!  
O Kinder, zerleiht nicht diesen Bund,  
ihr hört zu leben auf, wenn ich sterbe!  
Kein Volk, keine Menschheit lauht euch, mehr,  
wenn eure Muttersprache zerfleischt wird!  
O zerfleischt nicht ihren lieben Leib,  
macht wieder heil die verstümmelten Glieder!  
Bei unsrer Zukunft beschwöre ich euch,  
bei keiner anderen Macht als der Freiheit,  
die sich selbst ein göttliches Weltgesetz dichtet:  
seid menschlich, werdet endlich einig,  
seid göttlich! —

7. Dezember 1918.

\* Dieser Prolog wurde am Sonntag, den 15. Dezember 1918, auf allen großen deutschen Bühnen gesprochen auf Veranlassung der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung, Berlin.

### Deutsche und sächsische Nachrichten.

(Mit Bestellungen nicht zurückhalten) Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium teilt mit: Dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens droht dadurch Gefahr, daß Handelsreise und Publikum sich gegenwärtig vor Aufgabe von Bestellungen scheuen und sogar erteilte Aufträge aus nichtigen Gründen rückgängig zu machen suchen, wohl aus Furcht vor Eingriffen in das Privateigentum und in der Hoffnung auf billigere Preise. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß das Hausgerät

und die zum persönlichen Bedürfnisse des Menschen dienenden Gegenstände selbst von einer weitgehenden Sozialisierung keinesfalls ergriffen werden. Auch die Hoffnung auf ein Sinken der Preise ist leider noch für geraume Zeit völlig unbegründet, da die Entwertung unseres Geldes noch längere Zeit andauern wird, und deswegen weder die Arbeitslöhne, noch die Rohstoffpreise zurückgehen können. Trotz der für jedermann auf lange hinaus gebotenen Sparamkeit muß daher empfohlen werden, für das Geschäft oder den eigenen Bedarf mit Käufen nicht länger zurückzuhalten. Nur so vermag die Industrie ihre aus dem Felde heilkehrenden Arbeiter zu beschäftigen und die unabsehbaren Nöte und Gefahren größerer Arbeitslosigkeit zu verhüten. Ueberdies vermeidet der Handel durch glatte Abnahme bereits bestellter Waren den Verlust kostspieliger Prozesse: denn selbstverständlich bleiben abgeschlossene Verträge trotz der Veränderung der politischen Verhältnisse voll in Kraft. Vor allem schließt sich aber jedermann durch rechtzeitigen Einkauf vor Warenmangel und durch ihn hervorgerufene Preistreiberien, die zu besorglichen wären, wenn der jetzt vorhandene und ungedeckt gelassene Bedarf in späterer Zeit auf einem durch Beschäftigungslosigkeit und ihre Folgen zerrütteten Marktdeckung suchen müßte.

— sek. (Kirchlicher Protest gegen das sächsische Kultusministerium.) Eine Kirchengemeindeversammlung in Döbeln am 15. ds. Mts. nahm folgende Protestentscheidung an: „An das sächsische Kultusministerium zu Dresden. Ueber 300 heute versammelte Glieder der Kirchengemeinde Döbeln erheben bei dem sächs. Kultusministerium nachdrücklich Einspruch gegen die Verfügung, daß schon von Neujahr 1919 ab der Katechismusunterricht in den Volksschulen wegzufallen habe. Diese Verfügung griff die Entscheidung des Gesamtwillens des Volkes vor, der erst durch eine Nationalversammlung zum Ausdruck kommen kann; sie vermißt es, unter Zuhilfenahme und Verständigung mit allen beteiligten Kreisen eine schonende, organische Lösung der Trennungsfrage zu versuchen und bedeutet daher für die Betroffenen eine diktatorische Maßnahme. Die versammelten Glieder der Kirchengemeinde Döbeln fordern daher:

1. sofortige, rechtzeitige Zurücknahme dieser Verfügung,
2. Unterlassung jedes neuen Schrittes in der Trennungsfrage vor der Entscheidung durch die Nationalversammlung,
3. Durchführung aller zur Trennung nötigen Maßnahmen nur im engsten Einverständnis mit allen betroffenen Kreisen.“

— Zu der heutigen Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft bet. Butter- und Margarineverteilung, wird bemerkt, daß die für die Monate Oktober und November bestimmte Margarine erst so spät hier eingetroffen war, daß sie erst in der ersten November- bez. Dezemberwoche verteilt werden konnte. Dagegen ist die für Dezember bestimmte Margarine bereits

jetzt eingetroffen. Die Bedarfsgemeinden müssen daher schon in dieser Woche mit Margarine beliefert werden. Es ist Vorzorge getroffen, daß die in der nächsten Woche zu verteilende Butter bereits am Montag und Dienstag zum Verkauf gelangt, sodas jeder zu den Festtagen mit Butter versorgt ist.

(Zur Einschränkung des Personenverkehrs.) Um den Waffenstillstandsbedingungen zu genügen, muß sofort eine große Zahl Lokomotiven und Wagen an die Entente abgegeben werden. Es ist deshalb erforderlich, um trotzdem die Abfertigung der von der Front in die Heimat zurückkehrenden Truppen und den dringenden Lebensmittel- und Güterverkehr zu ermöglichen, den Personenzugfahrplan auf zahlreichen Linien der sächsischen Staatseisenbahnen sofort zu ändern und noch weiter einzuschränken. Diese Fahrplanänderungen traten am Dienstag, den 17. Dezember ein und werden durch besondere Anschläge auf den Bahnhöfen bekannt gemacht. Nachträge zum Taschensfahrplan und Kursbuch können vom Dienstag ab bei den Fahrkartenschaltern unentgeltlich entnommen werden. Da für die Abgabe an die Entente nur starke Lokomotiven in Betracht kommen, so müssen die verbleibenden Züge in vielen Fällen mit schwächeren Lokomotiven gefahren werden, so daß die Zahl der einzustellenden Wagen und damit auch die Zahl der Plätze in den Zügen vermindert wird. Die Einlegung von Vor- und Nachzügen oder die Mitgabe von Vorspannlokomotiven ist künftig ausgeschlossen. Das Publikum kann in dieser Zeit nicht mit Sicherheit auf Beförderung rechnen. Damit die noch verbleibenden Fahrgelegenheiten nicht bis zum Uebermaß überfüllt und nicht unerträgliche Zustände geschaffen werden, wird an das Publikum die dringende Mahnung und Bitte gerichtet, alle nicht unbedingt nötigen Reisen in dieser schweren Zeit zu unterlassen. Dies liegt nicht nur im dringenden vaterländischen, sondern auch im eigenen Interesse der Reisenden. Wenn nicht jeder solche Selbstbeschränkung übt, läßt es sich nicht vermeiden, daß die Züge überfüllt werden und daß Reisende zurückbleiben müssen. Wenn es die Verhältnisse erfordern, wird der Fahrkartenerwerb beschränkt oder gesperrt werden. Darum reise nur, wer unbedingt reisen muß.

(Weitere Verkehrsbeschränkung.) Die heute beginnende Ablieferung der 5000 Lokomotiven auf Grund der Bestimmungen des Waffenstillstandes bedingt eine weitere Verkehrseinschränkung. Vor allem müssen alle Weihnachtstreffen unterbleiben. Auch alle privaten Reisen werden behördlich eingeschränkt werden. An Zivilpersonen sollen Fahrkarten nur noch auf besonderen Dringlichkeitsausweis ausgegeben werden.

(Die Aufhebung der Gesindeordnung) vom Jahre 1810 hat für die Landwirtschaft zum noch praktischen Bedeutung, da die Bestimmungen längst den Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Wenn jedoch bemerkt wird, daß die veralteten Bestimmungen

nummehr durch die Verfügungen des Bürgerlichen Gesetzbuches ersetzt werden sollen. So muß darauf hingewiesen werden, daß dem ernste Bedenken entgegenstehen. Um nur einen Punkt hervorzuheben, so muß dafür gesorgt werden, daß Streiks in der Erntezeit unzulässig sind. Wäre es anders, so ließe die Volksernährung Gefahr, daß das Getreide auf dem Markt verdorren oder verregnen würde, nur weil unglücklich ein Streik ausbricht. Die Landwirtschaftskreise sind bereit, durch schiedsrichterliche Vereinbarungen solchen verhängnisvollen Möglichkeiten vorzubeugen. An den Schiedsgerichten sollen die Arbeiter teilnehmen.

### Soll Deutschland ruiniert werden?

Der Ernst der Gefahren, welche der deutschen Volkswirtschaft drohen, wird erkennbar durch das Schlussprotokoll, das die Finanzkommission der internationalen Waffenstillstandskommission am 1. Dezember unterzeichnet hat. Darin verpflichtet sich die Regierung, die Eisenbahnen, Kanäle, Bergwerke, Forsten, alle Unternehmungen kolonialwirtschaftlicher Industrie und kommerzieller Art, welche der Regierung gehören oder an welcher die Regierung beteiligt ist, weder zu veräußern, noch zu kreditieren, noch zu verpfänden; ihr gesamter fiskalischer oder privatwirtschaftlicher Wert darf in keiner Weise vermindert werden. Kein Gold und keine Effekten im Besitze des Reichsschatzmeisters, der Reichsbank usw. dürfen, auch nicht durch Mittelspersonen, in das Ausland übertragen werden. Vielfache Verpflichtung gilt für ausländische Wertpapiere, die der deutschen Regierung oder der Reichsbank gehören oder denselben als Unterlagen für Vorzugsbriefe dienen.

Diese Verpflichtungen benehmen Deutschland jegliche Bewegungsfreiheit im Zahlungsverkehr mit dem Ausland, weil gleichzeitig bestimmt wird, daß keine Goldausfuhr vorgenommen noch zugelassen werden darf. Denn alle unsere Zahlungen an das Ausland beruhen auf unserem Goldbestand, auf unserer Goldwährung.

Auch die Banken werden gehindert sein, ihre Zahlungen unter den früheren Bedingungen vorzunehmen. Es handelt sich um eine vollständige Unterwerfung Deutschlands unter das Diktat der Entente. Bei der für unsere Volkswirtschaft so überaus wichtigen Frage der Einfuhr von Rohstoffen werden sich diese Bedingungen in voller Schärfe fühlbar machen. Wenn wir Rohstoffe und Lebensmittel einbringen wollen, so müssen wir dafür zahlen. Die vorliegenden Bedingungen geben alle unsere Zahlungsmittel in die Kontrolle der Entente. Die Folge wird sein, daß der Zahlungsverkehr sich in London, New York und Paris konzentriert, daß unsere Banken lahmgelegt sind, amerikanischer und französischer Charakter englischer, amerikanischer und französischer Fiskalen annehmen. Das aus solchem Verhältnis mit der Zeit nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische und geringe Abhängigkeit von England und Amerika, sowie von Frankreich hat ergeben wird, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Die Verpflichtung, Anteile des Reiches bezw. der Staaten an den Eisenbahnen, Bergwerken, Kanälen, Forsten, kolonialwirtschaftlichen Industrie- und kommerziellen Unternehmungen weder zu verkaufen, noch zu kreditieren, noch zu verpfänden, bedeutet, wenn man die Dinge mit Deutlichkeit darstellen will, die Stellung Deutschlands unter die Vorherrschaft der Entente. Dabei handelt es sich um eine vorbereitende Maßnahme, denn offenbar würden jene Bedingungen nicht gestellt worden sein, wenn die Entente nicht beabsichtigte, unsere Eisenbahnen, Bergwerke, Forsten, Staatsbetriebe und Domänen abzugeben zu machen.

Auch die Verstaatlichung bezw. Vergesellschaftungsprojekte der neuen Regierung werden gemäß derselben Bedingungen gehindert werden müssen. Man braucht nur die Frage aufzuwerfen: welcher Besitz des Reiches bezw. des Staates jenen Bedingungen unterliegt, und man wird zu Staunen jener Bedingungen unterliegt, und man wird zu Staunen jener Bedingungen gelangen, daß dieselben mit der Verstaatlichung von Betrieben nach Bekanntwerden dieser Bestimmungen doppelt vorsichtig sein müssen.

### Führer des deutschen Wirtschaftslebens über Wilsons Besuch in Europa.

Berlin, 16. Dezember. Der Herausgeber der „Amerikanischen Korrespondenz“, William Borjosi, hatte mit mehreren Führern des deutschen Wirtschaftslebens Unterredungen, die er an die „New York Times“ telegraphisch beförderte, und aus denen wir folgendes wiedergeben:

Franz v. Mendelsohn, Präsident der Handelskammer Berlin:

Nach dem gesamten Eindruck, den ich von der Persönlichkeit des Präsidenten Wilson habe, hege ich den festen Glauben, daß er seine Kraft dafür einsetzen wird, die hohen Gedanken zu verwirklichen, die er zu wiederholten Malen geäußert hat. Ich bin überzeugt, daß die Widerstandsfähigkeit des deutschen Volkes und seine Kraft, die Schäden, die der Krieg ihm gebracht hat, zu heilen, unendlich groß ist, und daß es sich zweifellos in absehbarer Zeit erholen wird, wenn es ohne große Erschütterungen wieder zu gefestigten inneren Verhältnissen kommt.

Direktor Huldermann, Hamburg-Amerika-Linie:

Was Deutschland, bereit von den Fesseln der Bürokratie und des Militarismus, der Welt an Intelligenz noch zur Verfügung stellen kann, allein dadurch, daß es infolge der politischen Revolution sein gesamtes Bildungswesen, einschließlich der Universität, jetzt der ganzen Nation bis zum Ärmsten hinab, darbietet, das ist kaum zu überschätzen. Dieses Kulturzentrum dem Fortschritt der Welt zu erhalten und weiter dienstbar zu machen, liegt heute in der Hand der Vereinigten Staaten und ihres Präsidenten und hängt einzig und allein davon ab, ob die Friedensbedingungen so sind, daß sie Deutschland ein selbständiges Leben und Arbeiten gestatten.

Geh. Kommerzienrat Konsul Eugen Gutmann, Direktor der Dresdner Bank:

Wenn Herr Wilson sich bereit fände, mit Herrn Ebert in Beziehungen zu treten, würde eine Klärung zwischen den kriegführenden Staaten und eine Konsolidierung im Innern Deutschlands um so rascher eintreten. Es wäre der Sache Deutschlands um so rascher zu gehen, wenn Herr Wilson Deutschland besuchte. Er wird anderswo vielleicht lärmender, aber nirgends aufrichtiger begrüßt werden.

Generaldirektor Reinkens vom Norddeutschen Lloyd:

Wir vertrauen fest auf Präsident Wilson, daß er seine großzügigen Gedanken und Pläne hinsichtlich einer gerechten Liquidierung dieses Krieges auch bei seinen Verbündeten durchsetzt.

Dr. F. A. Spieker, Direktor der Siemens-Halske und Siemens-Schuckert-Werke:

Die Vorbedingungen für einen Völkerbund sind im gegenwärtigen Augenblick in einer Weise gegeben wie nie zuvor, als einziger Hinderungsgrund erscheint mir nur noch die Frage der Freiheit der Meere. Wenn es Präsident Wilson gelingt, diese Frage in einer für die Freiheit der Völker genügenden Weise zu lösen, dann, aber auch nur dann, wird es ihm auch gelingen können, sein hohes Ideal, die Gründung eines Völkerbundes zur dauernden Aufrechterhaltung des Friedens zu verwirklichen, die nachfolgenden Geschlechter werden seinen Namen segnen, wenn dieses hohe Ziel glücklich erreicht wird.

Geh. Kommerzienrat Professor Dr. Rießer, Mitglied des Reichstages:

Wir, die wir in diesem Kriege in unerhörter Weise verleundet worden sind, dürfen und müssen darauf vertrauen, daß nicht nur einen Teil unserer Feinde jede Möglichkeit des Wilsonschen Zukunftsprogrammes, dem wir gern zugestimmt haben, unter löblichen Worten beiseite und das Wilsons Bild für alle Zeiten geschändet werde.

Mar v. Schinkel, Direktor der Norddeutschen Bank in Hamburg:

Wenn Deutschland Friedensbedingungen aufzulegen würde, die so grauam wie die Waffenstillstandsbedingungen aussehen und die Deutschen zu Lohnsklaven der Entente gemacht werden, wird niemals der Friede in Europa gesichert sein.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

(Wahlbündnisse in Vorbereitung.) Aus parlamentarischen Kreisen erfährt unser Berliner Vertreter: In einer ganzen Reihe von Wahlbezirken schweben zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und der Freien deutschen Volkspartei (Zentrum) Verhandlungen über eine Listenverbindung bei den Nationalwahlen. Die Wahlbestimmungen lassen bekanntlich Listenverbindungen zu, das heißt, jede Partei stellt ihre besondere Kandidatenliste auf und wählt auch nur diese, bei der Stimmenberechnung werden aber die Stimmen der vereinigten Listen zusammengezogen. Teilweise sollen bereits feste Abmachungen zustande gekommen sein.

Berlin, 17. Dezember. (Abreise der polnischen Gesandtschaft.) Wie dem „Hirsch-Bureau“ aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, verläßt die hiesige polnische Gesandtschaft heute Abend Berlin.

### Ankündigungen aller Art haben in dem „Pulsniger Wochenblatt“ besten Erfolg

um sich nach Warschau zurückzugeben. Die Geschäfte der polnischen Gesandtschaft werden von dem hiesigen dänischen Geschäftsträger weitergeführt. Wie das „Hirsch-Bureau“ weiter erfährt, ist die polnische Regierung vorzeitig von der Entente zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland gedrängt worden. Der polnische Ministerpräsident weigerte sich, diesem Verlangen nachzukommen und drohte zeitweise mit seinem Rücktritt, doch zeigte sich der Minister des Äußeren den Ententewünschen gegenüber gefügiger und auf ihn ist auch der Abbruch der gegenseitigen Beziehungen direkt zurückzuführen.

Berlin, 17. Dezember. (Kriegsminister Scheuch zurückgetreten.) Kriegsminister von Scheuch hat gestern den Volksbeauftragten seiner Absicht eingereicht.

Berlin, 17. Dezember. (Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Solf.) Der Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Solf ist nunmehr Tatsache geworden. Ueber seinen Nachfolger ist noch nichts bekannt, aber man kann sich nicht vorstellen, daß dieses Amt in andere Hände gelegt werden könnte als in die eines Diplomaten. Ein Diplomat könnte aber, wie diese bereits dargelegt worden ist, das Amt nur unter denjenigen Bedingungen übernehmen, die Dr. Solf für eine entsprechende Fortsetzung der Geschäfte als unbedingt notwendig bezeichnet hat.

### Voraussichtliche Witterung.

20. Dezember. Ziemlich trüb, mild, zeitweise Regen, windig.

### Kirchennachrichten.

Pulsnig.

Sonntag, den 22. Dezember, 4. Advent:

9 Uhr Abendmahl Pfarrer  
1/9 Uhr Predigtgottesdienst (verkürzt) Matth. 11, 1-12) Schütze  
Vieder: Nr. 21 1-4, 24 1-3, 4. — Spruch Nr. 7.  
5 Uhr Abendmahl in der Sakristei. Pastor Semm.  
8 Uhr Junglingsverein.

Montag, den 23. Dezember, 4 Uhr Weihnachtsfeier im Großmütterchenverein bei Schumann, Pulsnig Nr. 8.

### Der Mutter Sühne.

Roman von H. Courths-Mahler.

43

„Schon ausgeschlafen, Fräulein? Tote doch, so zeitig stehen meine Garcon-Herren und -Damen alle nicht auf. Nun wollen Sie jetzt Kaffee haben?“

„Gut trat näher heran.“  
„Sie waren gestern Abend so freundlich zu mir, Frau Krusemann. Ich nehme Ihr Anerbieten an und komme schon heute mit einer Bitte um Rat zu Ihnen.“

„Na, denn man los, Fräuleinchen, man sich genießen.“  
„Sie wüsste mit ihrer Schürze über einen Küchensuhl und stellte ihn Eva hin. Diese setzte sich nieder, um die alte Frau nicht zu verletzen.“

„Ich bin hierher gekommen, um mir eine Stelle zu suchen als Gesellschafterin, als Stütze, gleichviel als was. Nur möchte ich Familienanschluss haben, da ich allein stehe in der Welt. Können Sie mir sagen, in welcher Zeitung ich da am besten inseriere und wo ich vielleicht solche Angebote finde?“

„Kann ich, Fräulein, kann ich. Aber stellen Sie sich das man sich so leicht vor. Haben Sie gute Zeugnisse?“

„Gar keine. Ich war bis jetzt im Hause eines Verwandten und führte dort den Haushalt.“

„Um, hm, ohne Zeugnisse, da ist nicht viel zu machen. Können Sie sich nicht 'n Zeugnis von Ihrem Verwandten ausstellen lassen?“

„Das könnte ich wohl. Es würde aber immerhin einige Zeit darüber vergehen, und ich möchte doch sofort etwas unternehmen, da ich meiner, meiner Tante nicht lange zur Last fallen möchte.“

„Na ja, versuchen können Sie es schon immer. Und da hier ist die richtige Zeitung vor Ihnen. Rufen Sie man ein. Sie können jeden Morgen einsehen. Der Student, der auf ihr abonniert hat, steht erst spät auf.“

„Eva sagte zögernd danach.“  
„Ich möchte doch nicht, wenn die Zeitung nicht Ihnen gehört.“

„Na, was denn? Sie gucken ihr doch nicht ab. Braucht ja niemand zu wissen von. Nehen Sie man ein und nehmen Sie ihr mit — ich bringe Ihnen dann gleich den Kaffee.“

Eva ging ins Zimmer zurück und studierte den Anzeigenteil der Zeitung. Einige Adressen notierte sie und legte dann die Zeitung sauber wieder zusammen. Als Frau Krusemann den Kaffee brachte, gab sie dieselbe dankend zurück.

Nachdem sie eine Tasse Kaffee zu sich genommen hatte, machte sie sich zum Ausgehen fertig. Draußen ließ sie sich von der alten Frau die Lage der Straßen erklären, die sie aufsuchen wollte. Diese gab ihr genaue Weisung, wie sie zum Ziel kam, nannte ihr die Nummern der Elektrischen und des Omnibus und schärfte ihr ein, sich nur an Schutzeleute um Auskunft zu wenden.

Eva bat, ihrer Tante zu bestellen, daß sie bis Mittag zurück sein würde. Dann ging sie.

Als Charlotte Grabow gegen elf Uhr erwachte, war sie verwundert, Eva nicht mehr vorzufinden. Frau Krusemann richtete ihre Bestellung aus, als sie ihr den Kaffee brachte.

Charlotte fuhr ärgerlich auf.  
„So ein Unfuss. Wie kann sie nur glauben, daß sie ohne weiteres, Stellung findet, — ohne Zeugnisse. Sie ist ja viel zu schön zu einer solchen Stellung, keine Frau nimmt sie ins Haus. Sie soll auch gar nicht, hat es gar nicht nötig.“ Ich hat sie aufgeregt.

Frau Krusemann stemmte die Hände in die Hüften.  
„Na, zum Theaterspielen kriegen Sie ihr nicht, das steht'n Blinder ohne Brille.“ sagte sie sehr überzeugt.

„Ach was, wer spricht denn davon. Denken Sie nur, Frau Krusemann, dieses unglaubliche Mädchen könnte wie eine Fürstin leben. Ein steinreicher Mann will sie zur Frau, und deshalb läuft sie davon und will hier in Stellung gehen.“

„Ist das nicht verrückt?“  
Die „Krusemann“ blies die Luft pfeifend durch die Lippen.  
„Aha, da liegt der Hund begraben. Dacht ich mir doch, daß 'n Galen bei der Sache ist. Na, ich hab mal wieder recht gehabt mit meiner Menschenkenntnis. Aber wissen Sie was, die weiß, was sie will, die kriegen Sie nicht rum, nicht zu machen, so wahr ich die Krusemann bin.“

„Lassen Sie mich mit Ihren Drakelsprüchen in Ruhe, ich bin schon ärgerlich genug. So ein Unfuss, gleich heute in aller Frühe fortzulassen. Als ob die Leute nur auf sie warteten. Aber vielleicht ist das ganz gut, sie wird merken, wie schwer es ist, anzukommen und sich im Leben durchzuschlagen.“

Frau Krusemann sah mit geknickten Augen auf Charlotte.  
„Sie sollten ihr aber wenigstens ihr Geld nicht abnehmen, das finde ich nun nicht nobel.“

Charlotte warf den Kopf zurück, jetzt wieder ganz „Salomädame.“  
„Bitte, das geht Sie nichts an, das ist unsere Angelegenheit.“

„Stimmt, und ich kann ja nur froh sein, daß ich zu meinem Geld gekommen bin. Aber so'n armes, unerfahrenes Bürre kann einem leid tun. Sagen Sie mal, Frau Grabow, Sie wollen ihr doch nicht mit mang die ledere Gesellschaft nehmen?“

„Ich muß sehr bitten, daß Sie sich nicht in Sachen mischen, die Sie nichts angehen. Uebrigens verlehre ich mit Leuten aus den ersten Kreisen.“

„Na ja. Aber die Damens sind doch alle nur von's Theater und so. Nicht eine von der Jüte, wie Ihre Nichte, ich kenne mir aus in die Verhältnisse.“

„Meine Nichte kann da eine erste Partie machen bei ihrer Schönheit.“

„Wir können Sie so was erzählen, ich bin verschwiegen. Die Herren wollen doch alle nur so 'ne kleine Liebeslei angesteln. Heiraten is nich, das is doch klar.“

Charlotte zuckte die Schultern.  
„Sie sprechen wie der Blinde von der Farbe. Das verstehe ich nicht. Lassen Sie das Thema. Sie nehmen sich überhaupt sehr viel heraus. Ich werde in Zukunft jede Vertraulichkeit mit Ihnen unterlassen.“

„Na, man zu, ich werde es ja überleben. Deshalb sage ich doch, was wahr is. Aber nun kann ich ja stillstehen sind, ganz wie Sie wünschen. Mir tut das arme ahnungslose Bürre leid.“

„Sparen Sie doch Ihre Menschenliebe für andere Fälle. Sie sind ja sonst nicht so voll Mitgefühl, wenn es einem Menschen schlecht geht.“

„Ach so, damit meinen Sie sich selber? Aee, gegen so 'ne Menschen, wie Sie sind, is Mitgefühl ooch nich am Platz. Wenn ich unfemiilich bin, daß Sie mir die Miene manchmal so lange schuldig bleiben, denn hat das seine Gründe.“ 240/20